

Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Neukirch und Umgegend

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Arbeitsgerichts und des Hauptstaatsanwalts zu Waagen, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda behördlicherseits bestimmte Blatt



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Nicht verbreitet in allen Volksschichten.

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage / Jugendpost. Druck und Verlag von Friedrich Max, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postfachkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandskassenzentrale Bischofswerda Konto Nr. 64

Erscheinungstermin: Jeden Dienstag abends für den folgenden Tag.
Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Frei ins Haus halbmontatlich 1.20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pf., Einzelnummer 10 Pf. (Sonntags- und Sonntagsnummer 15 Pf.).

Jahrespreis 4.44, 4.44 und 4.44.
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Anlieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Reichsmark): Die 44 mm breite einpaaltige Millimeterzelle 10 Pf., drückbare Anzeigen 8 Pf., im Zugteil die 90 mm breite Millimeterzelle 30 Pf. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Wochentagen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 43

Mittwoch, den 20. Februar 1929.

84. Jahrgang

Tageschau.

Der Reichstag behandelte am Montag den Ausschussbericht über die Anträge zur Kleinrentnerfürsorge. Der Reichsarbeitsminister kündigte eine beschleunigte Vorlage im Sinne der Ausschussentscheidung an.

In Hamburg hielt der frühere Reichskanzler Marx eine Rede, in der er mit dem gegenwärtigen Zustand innerhalb der Reichsregierung scharf ins Gericht ging.

Der aus Sowjetrußland ausgewiesene Trotski hat an den Präsidenten des Deutschen Reichstags ein Gesuch um Asylrecht in Deutschland gerichtet. Dagegen hat das Gesuch befürwortend an die Reichsregierung weitergeteilt.

Ein Wohnkammerer versuchte, in das Regierungsgebäude in Weiden in Estland einzudringen. Im Handgemenge mit den Polizeibeamten wurde er tödlich verletzt.

*) Ausführliches an anderer Stelle.

Um das Kleinrentnergesetz.

Die Anträge zur Kleinrentnerfürsorge im Reichstag.

Präsident Lohde eröffnete die Sitzung mit einem von den Abgeordneten stehend angehörten Nachruf auf den verstorbenen sozialdemokratischen Abgeordneten Sämann, München. Der Platz des Verstorbenen ist mit Tannengrün und weißen Blumen geschmückt.

Zur Beratung steht der Ausschussbericht über die Anträge zur Kleinrentnerfürsorge. Der Sozialpolitische Ausschuss ersucht in einer Entschließung die Regierung, eine reichsgesetzliche Regelung der Verbesserung der Kleinrentnerfürsorge hinsichtlich des Personenkreises, der Voraussetzungen und der Höhe der Leistungen unter Mitwirkung der beteiligten Organisationen zu treffen.

Abg. Frau Lehmann (Dn.) verliest eine längere Erklärung ihrer Fraktion, in der die Bedeutung der Schicht der verarmten Kleinrentner und die Notwendigkeit betont wird, dieser Schicht einen gesetzlichen Versorgungsanspruch an Stelle der Wohlfahrtsfürsorge zu geben. Die Deutschnationalen hätten diese Forderungen immer vertreten. Die Ausschussentscheidung sei ungenügend. Die Rednerin beantragt eine Entschließung, in der die Regierung ersucht wird, bis zum 15. März einen Gesetzentwurf vorzulegen, der denjenigen Rentnern einen Rechtsanspruch auf Versorgung gegen das Reich zugesetzt, die vor der Inflation eine zum Lebensunterhalt ausreichende Kapital-, Leib- oder Stillsrente bezogen, diese aber durch die Inflation ganz oder zum Teil verloren haben und heute in Ermangelung entsprechender fester Einkünfte auf einen solchen Versorgungsanspruch zum Lebensunterhalt angewiesen sind.

Reichsarbeitsminister Wiffel

erklärt, der Ausschuss habe mit der von ihm beantragten Entschließung den Boden betreten, den die jetzige Regierung mit ihrer Erklärung beim Amtsantritt vorbereitet habe. In dieser Erklärung sei gesagt worden, daß die Fürsorge für Kleinrentner auf eine von dem Ermessen der öffentlichen Fürsorgestellen unabhängige Grundlage gestellt werden müsse. Der von den Deutschnationalen beantragte Gesetzentwurf müsse als unsozial abgelehnt werden, weil er den Versorgungsanspruch bloß aus Willkür von Vermögen oder Kapital in bestimmter Höhe herleiten will.

Die Reichsregierung werde mit der größten Beschleunigung eine Vorlage im Sinne der Ausschussentscheidung einbringen. Sie habe darüber bereits am 7. Februar in einer Verhandlung Übereinstimmung mit den Vertretern der Länder und Gemeinden erzielt.

Dabei sei festgestellt worden, daß zur Erfüllung der sachlichen Wünsche der Kleinrentner die Gewährung eines formalen Rechtsanspruches nicht nötig sei. Die in der deutschnationalen Entschließung verlangte Festlegung auf den Termin des 15. März sei schon aus parlamentarisch-technischen Gründen nicht möglich.

Abg. Esser (Z.) erklärt: Das Zentrum wird der Ausschussentscheidung zustimmen, der Entschließung der Volkspartei auf Gewährung eines Rechtsanspruches stimmt das Zentrum nur mit dem sozialdemokratischen Zusatzantrag zu, daß zur Deckung einer Sonderabgabe von den aus der Inflation geretteten und neugebildeten Vermögen erhoben wird.

Abg. Küß (Dem.) fordert die gesetzliche Anerkennung eines Rechtsanspruches der Kleinrentner auf angemessene Versorgung. Wenn seine Fraktion im Ausschuss die Frage, ob lediglich der Kapitalbesitz für den Anspruch maßgebend sein soll, verneint habe, so habe sie damit lediglich ihre frü-

here Haltung bestätigt, daß neben der Laifache des Kapitalbesitzes auch soziale Momente mit berücksichtigt werden müssen. Gerade die Vernachlässigung der sozialen Gesichtspunkte bei der Aufwertungsgeßgebung habe erst das Kleinrentnerproblem entstehen lassen. Redner spricht die Erwartung aus, daß die Regierung den versprochenen Entwurf baldigst vorlege, um die Verbitterung der unglücklichen Opfer der Inflation zu beseitigen.

Abg. Keil (Soz.) führte aus: Der Antrag der Volkspartei auf Gewährung eines Rechtsanspruches auf Rente widerspreche dem anderen volksparteilichen Antrag, daß eine Erhöhung der Reichtsausgaben ohne gleichzeitige Deckung unzulässig sein soll. Die Sozialdemokratie beantrage daher den Zusatz, daß zur Deckung eine Sondersteuer von Inflationsgewinnen erhoben wird.

Abg. Frau Dr. Maß (D. Sp.) begründet die Entschließung ihrer Fraktion auf Vorlegung eines Rentnergesetzes und Gewährung eines Versorgungsanspruches. Im Rahmen der Fürsorge sei eine Lösung der Rentnerfrage unmöglich. Es werde kein kapitalistisches Gesetz gefordert, sondern eines, das einen Ausgleich für früher geleistete Arbeit des Rentners geben soll. Die Berechnungen des Reichsarbeitsministeriums über die Kosten eines Versorgungsanspruches seien viel zu hoch gegriffen. Die Zahl der Rentner werde von Jahr zu Jahr geringer. Man solle mit dem Gesetz nicht warten, bis auch der letzte Rentner in Enttäuschung und Differenz gestorben sei.

Die Volkspartei werde für die deutschnationale Entschließung stimmen.

Ministerialdirektor Dr. Grieser erwidert, Frau Dr. Maß habe die Regierungserklärung nicht richtig aufgefaßt. Im Anschluß an diese Erklärung habe damals der volksparteiliche Fraktionsredner Dr. Scholz eine andere und richtige Auslegung der Erklärung gegeben. (Abg. Dr. Scholz (D. Sp.) widerspricht der Erklärung.) Laifächlich habe die Regierung nur gesagt, daß die Rentnerfürsorge unabhängig von dem Ermessen der staatlichen Fürsorgestellen gemacht werden soll.

Um 18 Uhr wird die Weiterberatung auf Dienstag 15 Uhr vertagt.

Zusammenschluß der nationalen Arbeiterbewegung.

Die auf dem Boden des Wirtschaftsfriedens und der Werksgemeinschaft stehenden Arbeitnehmerverbände: „Arbeitnehmervereinigungen im Mitteldeutschen Bergbau“ (Sitz Halle), „Der Deutsche Arbeiter-Verband nationaler Arbeitnehmer Deutschlands“ (Sitz Essen), „Reichsbund Deutscher Arbeiter“ (Sitz Berlin) haben sich zwecks gemeinsamer Vertretung ihrer Interessen zu einer „Arbeitergemeinschaft nationaler Arbeitnehmerverbände Deutschlands“ zusammengeschlossen. Damit ist ein bedeutender Schritt getan, dem nationalen Gedanken in der deutschen Arbeiterbewegung zum Siege zu verhelfen. Die nationale Arbeiterbewegung hatte in den letzten Jahren stark unter ihrer Zersplitterung zu leiden. Die neugeschaffene Arbeitergemeinschaft will auf dem Grundsatze der vollen Unabhängigkeit von irgendwelcher Seite aus freiem und eigenem Willen den vaterländischen und berufsständischen Interessen dienen.

Dr. Held über Bayerns Stellung im Reich.

Jochheim, 18. Febr. In einer Rede auf der Generaterversammlung des Oberfränkischen Christlichen Bauernvereins kam der bayerische Ministerpräsident Dr. Held ausführlich auf die bayerische und die Entwicklung des Streites um die Abfindung für die bayrische Eisenbahn und Post zu sprechen und erklärte u. a., es werde versucht, ob die Staaten noch aus eigener Kraft leben könnten oder nicht. Was man nicht mit Zwang und äußerer Gewalt durchführen könne, erstrebe man mit Ausblichungspolitik. Es ist ihm ein großer Schmerz, daß man Bayern den finanziellen Brotaufschlag höher hänge und es auszubehalten versuche und das sei nach jedem Defizit der Grund, daß Bayerns Forderungen aus der Bahn der Post und der Biersteuer nicht erfüllt würden. Bayerns Ideal sei ein Reich, aufgebaut auf starken, gesunden Ländern, in denen die Einzelwirtschaft geholt und gepflegt und Besonderheiten der Kultur herausgestellt würden. Wenn bei den Auseinandersetzungen durch die Presse vor allem das eine oder andere kleine Unheil angerichtet worden sei, so lehne er dafür die Verantwortung durchaus ab. Er wolle mit der Koalitionspresse auch einmal vertrauliche Gespräche führen können. Wenn es dann aber eine Presse gäbe, die sich nicht an die Grenzen dessen gebunden glaube, was sonst von der gesamten Presse als Grenze erkannt wird, so trage er dafür die Verantwortung nicht. Und wenn er es bedauere, daß ein solcher Vorfall überhaupt möglich gewesen sei, daß die Presse vertrauliche Besprechungen, die als solche gekennzeichnet wären, zum Teil veröffentlichen, so liege darin keine Entschuldigun-

Wieder eine Zentrumstimme gegen den Parlamentarismus.

Rede des früheren Reichskanzlers Marx.

In Hamburg sprach am Sonntag im Rahmen einer Kundgebung der Hamburger Zentrumspartei und der Arbeitergemeinschaft katholischer Verbände Reichskanzler a. D. Dr. Marx über die augenblickliche politische Lage. Dr. Marx richtete in seiner Rede unter lebhafter Zustimmung überaus scharfe Angriffe gegen die Regierungspolitik und Pressepolitik der Demokraten und Sozialdemokraten. Wörtlich erklärte er: „Die Regierungsparteien haben die Warnungen des Zentrums niemals beachtet. Es ist nicht Sache der Parteien, Koalitionen zu bilden, sondern Sache der Regierung ist es, Koalitionen zu bekommen. Die heutige Regierung geht mit erstaunlicher Gemüthlichkeit an ihre Geschäfte. Demokraten und Sozialdemokraten wissen nicht, worum es geht. Die demokratische Presse weiß nicht, was das Zentrum unter Ehre versteht. Es gibt eine Grenze für unfer Entgegenkommen in der Koalitionsfrage, nämlich dort, wo es um unsere Ehre geht.“

Über die sozialdemokratischen Minister und den Reichskanzler Müller erklärte er: „Viele Abgeordnete haben versprochen und nichts gehalten. Wie war es mit der Panzerkreuzerfrage? Wer war bei der Abstimmung froher als die Sozialdemokraten? Nichts wie demagogische Agitation ist bei ihnen. Es ist

ein Theater der Parteien.

Erst kürzlich die Komödie des sozialdemokratischen Finanzministers im Sozialausschuß, als der sozialdemokratische Antrag von deren Minister befürwortet wurde, obwohl er nicht zu sagen wußte, ob der Antrag durchführbar wäre. So etwas ist gewissenlos. Es ist ein trauriges Zeichen unserer Zeit, Anträge zu stellen, wofür die Parteien dann am Ende selbst nicht eintreten. Sewering will das Zentrum seiner Stärke entsprechend nicht in der Regierung sehen. Die demokratische Presse wird sich täuschen, wenn sie glaubt, daß das Zentrum in der Frage der Regierungsbildung uneinig wäre.“

„Es muß“, so fuhr Marx dann mit erhobener Stimme fort, „viel geschehen sein, wenn Herr Dr. Wirth sagt: Wir haben das Vertrauen zu den Regierungsparteien verloren! Die Demokraten und Sozialdemokraten wissen nicht, daß sie Pflichten haben. Die Herren werden lange auf die Vorschläge des Zentrums zu einer Regierungsbildung warten können. Unsere Reihen sind in dieser Frage geschlossen.“

Wie uns aus Berlin berichtet wird, erregt diese Hamburger Rede des früheren Reichskanzlers in politischen Kreisen der Reichshauptstadt großes Aufsehen. Damit ist die innerpolitische Krise um ein bedeutendes verschärft worden.

Die Pariser Konferenz.

Ein Diskussionsprogramm soll festgelegt werden.

Paris, 18. Febr. Die heutige Vormittagsession des Reparationsfachverständigenausschusses, über die kein Communiqué ausgegeben wurde, dauerte von 11 bis 1 Uhr. In ihr wurden weitere Punkte behandelt, die schon in der vorigen Woche zur Sprache gebracht wurden. Dabei ist man zu dem Ergebnis gekommen, daß sich zwei Mitglieder vereinigen sollen, um ein konkretes Programm für die weiteren Diskussionen vorzuschlagen. Dieser Kommission gehört auch Dr. Schacht an.

Der Beschluß ist wohl dadurch zu erklären, daß man sich in den letzten Tagen ausführlich und völlig zwanglos über die Wünsche ausgesprochen hat, die auf den verschiedenen Seiten bestehen. Aber ein jeder hat wohl darauf gewartet, daß von der anderen Seite positive Vorschläge für eine Endlösung gemacht werden, und es veranlaßt, daß es auf die Initiative der Amerikaner zurückzuführen ist, daß man einen solchen Ausschuss gebildet hat, da es ihnen zu langweilig wurde, diesem Spiel noch länger zuzuschauen. Man kann also feststellen, daß die Konferenz in Paris nunmehr beginnt, sich mit den positiven Einzelheiten des Vorschlags zu befassen, den man von dieser Konferenz als Endlösung des Reparationsproblems erwartet. In dem Programm, das nunmehr als Grundlage zur weiteren Verhandlung entworfen werden wird, sollen konkrete Angaben darüber enthalten sein, welche Aussichten für die Besserung der deutschen Handels- und Zahlungsbilanz bestehen und gerade darum ist Dr. Schacht zum Mitglied dieser Kommission ernannt worden. Die beiden Delegierten werden natürlich mit den anderen